

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Friedensfreunde!

Weltweit gibt es derzeit 65 bewaffnete Konflikte. Ein Höchststand seit 1946. Der Krieg in der Ukraine ist in seinem fünften Jahr. Israels Genozid an den Palästinensern geht trotz Waffenstillstand ebenso weiter wie der Krieg gegen die libanesische Bevölkerung. Das Jahr 2026 begann mit dem Überfall der USA auf Venezuela. Auch auf Mexiko, Kolumbien und insbesondere Kuba erhöhten die Vereinigten Staaten den Druck. Im Falle Grönlands drohten die USA selbst Verbündeten. Der Krieg gegen den Iran ist der vorläufige Höhepunkt dieser Eskalation, in der es um nicht weniger als die Neuordnung der internationalen Beziehungen, der weltweiten Ordnung geht.

Nehmen wir den Krieg in der Ukraine. Nach unzähligen Waffenlieferungen und Milliarden an Steuergeldern muss die NATO feststellen, ihre Militärhilfe hat ihr erklärtes Ziel nicht erreicht. Der Krieg geht weiter, die Fronten sind verhärtet und das Sterben findet täglich statt. Wir sind vom Frieden weit entfernt, dafür wurden und werden enorme Summen aufgebracht – fest steht, das Kriegsziel wird nicht erreicht, die menschlichen Verluste liegen in die Millionen, allein für den Wiederaufbau in der Ukraine wird von der Weltbank eine Summe von über 500 Milliarden Euro errechnet. Und dann ist da noch die benötigten Gelder für den ökologischen Umbau oder auch in unserem Land für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit oder soziale Sicherheit. Wer heute nüchtern Bilanz zieht, muss feststellen: Mehr Waffen haben den Krieg nicht gelöst, sondern außer Leid und Tod nur eine Vergrößerung der Probleme gebracht.

Ein Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Martens, fragte Selenskyj, wie Europa der Ukraine helfen könne, mehr Russen zu töten. Er korrigierte sich während der Fragestellung von „Russen“ zu „russischen Soldaten“. Das Töten wird zur Selbstverständlichkeit. Wir Deutsche kennen das: jeder Schuss, ein Russ.

Im Hinblick auf 28 Millionen tote Russen durch Nazi-Deutschland und die Ermöglichung der deutschen Einheit mit dem Abzug sämtlicher russischer Militäreinheiten aus Deutschland muss man im 85. Jahr des Überfalls auf die Sowjetunion entsetzt feststellen, wie Russen entmenslicht werden.

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“ ist ein bekanntes geflügeltes Wort. So war das z. B. auch vor 87 Jahren, als die Nazis den Sender Gleiwitz überfielen, um einen propagandistischen Vorwand für den Zweiten Weltkrieg zu haben.

Just an diesem Tag 2026 kündigte die Bundesregierung neue Sanktionen gegen Russland an. Das Generalkonsulat in Bonn muss geschlossen werden. Das Russische Haus für Wissenschaft und Kultur in Berlin wird es nicht mehr geben. Diplomaten müssen das Land verlassen. Für russische Staatsbürger ist eine Einreise kaum noch möglich. In der Folge kündigt Russland eine „adäquate Antwort“ an.

Nun weiß ich natürlich nicht, ob die Bundesregierung mit ihrer Vermutung, dass die Drohnen beim Leipziger Flughafen von Russland stammen, eine Finte ist oder auch nicht. Belege, die ich nachvollziehen könnte, sind nicht bekannt. Ich weiß nur, entweder lügt Berlin oder Moskau.

Ich weiß allerdings, dass die veröffentlichte Meinung als der Urheber des Anschlags auf die Nord-Stream-Pipelines gesucht wurde, Russland genannt hat, wobei sich jetzt immer mehr herausstellt, es war die Ukraine.

Ganz egal, wer lügt, mit jedem geschlossenen Konsulat schwinden die Orte, an denen direkter auch informeller Austausch zwischen den Staaten stattfinden kann. Da in der Diplomatie das Prinzip der Gegenseitigkeit gilt, führt eine solche Maßnahme zur Schließung deutscher Vertretungen in Russland. Dies dünnt die deutsche diplomatische Präsenz auch dort aus. Dabei ist Diplomatie gerade in Krisenzeiten das wichtigste Werkzeug, um Missverständnisse und unkontrollierte Eskalationen zu verhindern. Jetzt werden die wenig verbliebenen Reste des deutsch-russischen Kulturaustauschs komplett zum Erliegen gebracht.

Jetzt werden Brücken eingerissen. Das deutsch-russische Verhältnis dauerhaft und nachhaltig zu zerstören. Wir befinden uns im „hybriden Krieg“, heißt es. Ich kann mit dem Wort wenig anfangen. Es ist mir aber auch letztlich egal, wie man die Situation benennt, wie es auch zweitrangig ist, wer lügt. Der Krieg wird immer wahrscheinlicher.

Schauen wir etwas genauer auf Deutschland.

Man greift uns an.

Brutal und rücksichtslos.

Sind wir schon im Krieg?

Hat doch Bundeskanzler Friedrich März im September letzten Jahres festgestellt: „Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“ Steht jetzt der Russe plötzlich im Pfälzer Wald?

Nein, „der Russe“ hat offensichtlich daran kein Interesse, dafür ist „der Ami“ allerdings weiterhin in Ramstein und steuert von dort seine imperiale Interessen.

Und doch werden wir angegriffen. Wir, das sind die abhängig Beschäftigten, darunter der

angeblich kleine Mann, die Schüler und Studenten, die Auszubildenden und Renter und im besonderen Maße die Frauen - um es qualifizierter zu sagen: wir, die Arbeiterklasse.

Die Angreifer heißen Kapital und ihre Regierung und was sie betreiben, das nennen wir Klassenkampf von oben. Es handelt sich um einen Totalangriff auf die Interessen der Arbeiterklasse.

Die Regierungskoalition stellt arbeitende Menschen unter den Generalverdacht von Faulheit und Krankfeiern und legt die Axt an die soziale Sicherheit im Land.

Der Angriff der Bundesregierung macht vor kaum etwas Halt beim Beschnitt. Beim Wohngeld sollen rund 400.000 Haushalte ihren Anspruch verlieren. Wer krank ist, soll sich künftig schon am ersten Tag in die volle Arztpraxis schleppen, sofern überhaupt ein Termin frei ist. Der Achtsturentag steht zur Disposition, sachgrundlose Befristungen sollen bis zu 48 Monate möglich sein – doppelt so lange wie bisher. Selbst bei der Rentenversicherung und der Bundesagentur für Arbeit soll pauschal Personal wegfallen, obwohl niemand sagen kann, wer die Arbeit dann erledigt.

Die soziale Infrastruktur wird seit vielen Jahren immer weiter vernachlässigt, es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen, Brücken stürzen ein, Busse und Bahnen fahren immer unzuverlässiger, Schulen und Hochschulen vergammeln und Lehrpersonal fehlt, bei Ärzten und Ämtern bekommt man kaum Termine, Krankenhäuser werden geschlossen, Pflegeplätze für die Alten fehlen und werden unbezahlbar, weil überall Geld und Personal fehlen.

Arbeitende Menschen sollen heute für fast alles zusätzlich privat vorsorgen: von der Altersvorsorge über Zusatzversicherungen zur Krankenkasse, dabei werden schon jetzt ca. 30 bis 40 Prozent unseres Bruttolohns für die verpflichtenden Sozialversicherungen verbraucht. Und im Grundgesetz wird vom Sozialstaat gesprochen. Nun, das waren wir genau genommen noch nie. So gab es immer Not, Armut und es fehlte am Recht auf Arbeit wie am Recht auf Wohnung oder Erholung.

Und trotzdem können wir stolz darauf sein, was wir und unsere Vorfahren alles erkämpft haben. Nichts, rein gar nichts, haben wir geschenkt bekommen. Sei es der 8-Stunden-Tag, sei es das Krankenhaus im Ort, sei es die Kita oder sonstige Sozialleistungen. Oder nehmen wir die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Das bedurfte eines Arbeitskampfes der Werftarbeiter in Schleswig-Holstein im Jahr 1956, der 16 Wochen lang dauerte.

Nichts bekamen wir geschenkt, manches mögen wir auch als Bestechungsversuch erhalten haben, diejenige, die über Milliarden verfügt,

verschenkt keinen Cent. Die haben sich die Arbeiterklasse in langen Auseinandersetzungen erkämpft.

Seit der sogenannten Zeitenwende will man uns das wieder abnehmen.

Aufrüstung, Kriegsfähigkeit, Bomben, Drohnen und der vermeintliche „Schutz der zivilen Infrastruktur“ haben höchste Priorität. In Zahlen: Während 2019 noch 11,8 Prozent des Bundeshaushalts ins Militär flossen, waren es 2025, das „Sondervermögen“ eingerechnet, 17,2 Prozent. Im laufenden Jahr 2026 sind es 15,8 Prozent aus dem Kernhaushalt, mit Sondervermögen 20,6 Prozent. Jeder fünfte Euro fließt also bereits ins Militär. Und das ist erst der Anfang, denn bis 2029 sind 26,6 Prozent des Kernhaushaltes beziehungsweise 152 Milliarden Euro dafür vorgesehen, Deutschland „kriegsfähig“ zu machen. Wir alle sollen für das Militär bluten. Eine große Umverteilung zu unseren Lasten ist im vollen Gange.

Und wer den Grund dafür sucht, findet ihn im Bestreben der Herrschenden, eine neue geopolitische Rolle anzustreben. Deshalb schwebt über uns die größte Gefahr: nämlich die, dass der irrwitzige Hochrüstungskurs nicht nur die staatlichen Budgets von Bund, Ländern und Kommunen aussaugt, sondern zum dritten großen Krieg gegen Russland führt.

Diese politische Entwicklung entspricht einer verschärften ökonomischen Krise vor dem Hintergrund der sichtlich wachsenden Zerwürfnisse unter den imperialistischen Konkurrenten und somit sich zuspitzender Kriegsgefahr.

Ursache dieser Aggressivität ist begründet – wie in allen imperialistischen Ländern – im Wesen der Monopolbourgeoisie, ihren Verwertungsschwierigkeiten, der zwischen-imperialistischen Konkurrenz – wobei die deutsche Monopolbourgeoisie eine besondere Rolle in der Geschichte spielt. Vom Verrat des deutschen Bürgertums an der frühbürgerlichen Revolution, an den kämpfenden Bauern und Plebejern vor 500 Jahren, zum Verrat an der 1848er bürgerlich-demokratischen Revolution, zur erzwungenen Reichsgründung in Versailles 1871 auf dem Blut der Kommunarden von Paris bis zur Anzettelung von zwei Weltkriegen und der Errichtung des mörderischsten Regimes in der Geschichte der Menschheit reicht die Blutspur der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus.

Dieser Imperialismus scheut sich nicht, einen dritten Weltkrieg als Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Pistorius will uns „kriegstüchtig“ machen und Lars Klingbeil möchte, dass Deutschland nach „knapp 80 Jahren der Zurückhaltung ... heute eine neue Rolle im inter-

nationalen Koordinatensystem“ übernehmen solle. Und so bleibt für uns die Erkenntnis unseres Karl Liebknechts formuliert 1915 während des Ersten Weltkrieges, aktuell: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Dabei übersehen wir nicht, dass bei aller Konkurrenz der US-Imperialismus in militärischer und auch ökonomischer Hinsicht auf absehbare Zeit die führende Kraft im imperialistischen Lager bleiben wird, in dessen Windschatten die deutsche Monopolbourgeoisie bleibt, um ihre aggressive Rolle weiter auszubauen.

Es ist der Aufstieg Chinas, seine gewonnene ökonomische, technologische und politische Stärke, welche diese Rangordnung mit der bisherigen Hegemonialmacht USA, samt Verbündeten, an der Spitze, nun in Frage stellt. Aber auch Indien ist nach Kaufkraftparitäten bereits jetzt die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Dazu kommen weitere Länder aus dem globalen Süden wie Indonesien, Brasilien, Südafrika oder auch Saudi-Arabien, die an ökonomischer Bedeutung gewonnen haben. Auch Russland konnte sich nach dem Ende der Jelzin-Ära wieder stabilisieren. Das alles prägt diesen Umbruch in den internationalen Beziehungen, den wir gerade erleben. Ein Umbruch wie er größer und radikaler kaum sein kann. Es ist der Wechsel von einem unipolaren zu einem multipolaren System.

Die Schwerpunkte der Weltwirtschaft haben sich nach Ostasien verlagert. Der Anteil der EU am globalen BIP geht ständig zurück. 2050 wird er nach Prognosen bei unter 9 % liegen. 1980 waren es noch über 20 %. Ähnlich ist es für Deutschland, wo starke De-Industrialisierungstendenzen greifen. Deutschlands Anteil am weltweiten BIP betrug 1980 noch 7 %. Heute sind es noch 2,8 %.

In diesen geopolitischen Verschiebungen wollen die EU und Deutschland verlorenen Einfluss zurückgewinnen. Man träumt davon, auf Augenhöhe mit den USA und mit China zu stehen.

Und mit der Aufrüstung steigt die Gefahr eines Krieges. Das zeigt nicht zuletzt ein Blick in unsere Geschichte. Bereits 1938/39 stand Deutschland infolge einer gewaltigen Aufrüstung kurz vor einem ökonomischen Zusammenbruch. Da war der Krieg auch zur Abwendung des Bankrotts zu einer Lösung geworden und schließlich wurde der II. Weltkrieg zur mörderischen Konkursverschleppung, wie das die Berliner Zeitung dies im August 2019 beschrieb.

Die führenden imperialistischen Mächte sind sich einig in ihrer Strategie der Einkreisung der Russischen Föderation und der Volksrepublik

China. Dies stellt heute die Hauptkriegsgefahr dar.

Ingar Solty, Referent für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat auf der vierten Gewerkschaftskonferenz für den Frieden im Juli in Würzburg die These formuliert, dass sich aus der aktuellen Systemkrise des Kapitalismus ein neuer Imperialismus erwachsen wird, mit dem eine Transformation der Staatlichkeit und eine verschärfte militärische Unterfütterung ökonomischer Interessen einhergehen werden. Dieser Staatstyp wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie geprägt – von unten wie oben, wohlgemerkt – sein. Elemente einer Deliberalisierung finden sich hierzulande in der Einschränkung der Pressefreiheit sowie der Repression gegen Palästina-Solidarität und gegen die antimilitaristischen Schülerstreiks. Dafür spricht auch, dass die Grundgesetzänderung zugunsten einer grenzenlosen schuldenfinanzierten Aufrüstung mit Hilfe alter Mehrheiten eines abgewählten Parlaments beschlossen wurde. Die „Zeitenwende“ zeigt einen historischen Scheideweg an: entweder Soziales oder Militarisierung, entweder Demokratisierung oder autoritärer Staatsumbau.

Es ist fraglich, ob mit den vorhandenen Instrumenten Lösungen überhaupt möglich sind. Aufgrund der Austeritätspolitik wurden jahrelang die Investitionen in öffentliche Güter unterlassen. Der Versuch einer Antwort der Herrschenden sind die sogenannten Reformen bei gleichzeitigen Bemühungen, die De-Industrialisierung zu verlangsamen und das plötzliche Erlauben von Schulden für die Rüstung. Was da als vordergründig scheinbarer Gegensatz daherkommt, wird als zweischneidiges Schwert benutzt, um zu retten, was nicht zu retten ist.

Sie versuchen, die Krisen zu lösen, indem sie genau das tun, was die Krisen ausgelöst hat. Sie wollen die Schulden und den Anstieg der Rüstungsausgaben auf mindestens 5 Prozent des Sozialprodukts finanzieren, mit sowohl mehr Austerität als auch mit Schulden. Die Lösung heißt statt Wohlfahrt jetzt Militarisierung. Wirtschaftspolitisch reproduzieren sie den alten Wahnsinn und wundern sich, dass sich die Lage nicht bessert.

Wir müssen uns bewusst werden, wir befinden uns in einer Zeit wachsender innenpolitischer und außenpolitischer Konfrontationen. Es ist normal geworden, das Völkerrecht zu brechen. Und es ist nicht weniger normal, unsere Welt der Arbeit anzugreifen. Und ein Krieg „im Ausmaß, wie ihn unsere Großeltern und Urgroßeltern erlebt haben“, wie es NATO-

Generalsekretär Mark Rutte formulierte, wird möglich durch die Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften und durch die Verschärfung der Gesetze zur inneren Sicherheit.

Wenn wir uns heute bewusst sind, dass der Angriff auf unsere Errungenschaften und die gleichzeitige Militarisierung der Gesellschaft mit der gewaltigen Aufrüstung zwei Seiten der gleichen Medaille sind, dann gilt es, nicht bei der Analyse stehen zu bleiben.

Erkennen wir, dass sie uns mit aller Macht angreifen. Werden wir uns dabei allerdings auch unserer Stärke bewusst, sonst würden sie ja ihr Pulver umsonst verschießen. In den Widersprüchen unserer Zeit liegen auch unsere Chancen als Arbeiterklasse.

Wir müssen nicht nur den Preis für diese Politik der Herrschenden bezahlen, wir können eine solche Politik auch stoppen. Wenn diese Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften aufstehen und offensiv gegen den Krieg, gegen Aufrüstung, für Gesundheit, Soziales, Bildung, Rente und Verkehrswende, für ökologischen und sozialen Umbau kämpfen, dann können die Widersprüche auch im Interesse unserer Klasse gelöst werden.

Bin ich ein Phantast?

Übersehe ich vielleicht die Widersprüche innerhalb der Gewerkschaftsfamilie, sehe ich nicht, wie die Regierung versucht, die Gewerkschaften einzubinden? Muss ich nicht entsetzt sein, wenn Gewerkschafter in der Umstellung auf Kriegswirtschaft eine Chance sehen, weiterhin auf Sozialpartnerschaft setzen zu können?

Seien wir realistisch.

Jeder Euro, der ins Militär gesteckt wird, fehlt für soziale Projekte, fehlt für Kindergrundsicherung, fehlt für gute Bildung und Gesundheit, fehlt für Rente und Infrastruktur, fehlt für den notwendigen Umbau hin zu einer ökologischen Wirtschaft, fehlt für alles, was eine Gesellschaft ausmacht. Jeder Euro, der da sinnlos ausgegeben wird, verschärft die Widersprüche und verlangt nach einer Lösung der Widersprüche. Die Widersprüche werden die Dinge antreiben, sich zu verändern, statt stehen zu bleiben.

Seien wir optimistisch.

So denke ich z.B. an den Streik von 750.000 Fabrikarbeiterinnen – es waren überwiegend Frauen – in den Berliner Munitionsfabriken im Januar 1918. Damit wurde eine Streikwelle eingeläutet, die schließlich zur Novemberrevolution führte und den Ersten Weltkrieg beendete. Wir sollten an unserem Grundvertrauen in die Möglichkeiten unserer Klasse nicht zweifeln.

Seien wir Menschen der Tat.

Nichts wird automatisch erfolgen. Was wird, entscheidet unsere Tat.

Gemeinsam mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften machen wir mobil: Am 26. September gehen wir zusammen auf die Straße und demonstrieren für eine solidarisch finanzierte soziale Gesellschaft – sei dabei! Neben Saarbrücken wird es auch Demonstrationen geben: in Berlin, Bremen, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Rostock und Stuttgart.

Allerdings ist die Mobilisierung der Mehrheit gegen diesen Klassenkampf von oben kein Kindergeburtstag, noch ist vielen der Ernst der Lage nicht bewusst, immer noch gibt es Hoffnung, dass die SPD das Schlimmste verhüten möge. Und auch ist das Umschiffen des Offensichtlichen gerade auch in den Gewerkschaften aus den unterschiedlichsten Gründen angesagt. Offensichtlich ist, dass die Kürzungsorgie unmittelbar mit der Aufrüstung verbunden ist.

Die Aufrüstung ist politisch oberste Priorität. Hunderte Milliarden wurden dafür schon bereitgestellt. Die Zwänge beim Sozialstaat erscheinen indes als Naturgesetz. Vermögen, hohe Einkommen und Profite werden geschont, wo die breite Masse blutet. Wir müssen dies tun, heißt es, damit Deutschland kriegstüchtig wird und sich gegen Russland verteidigen kann. Notfalls mit dem Leben derer, die jetzt die Kürzungen am meisten treffen. Bis 2030 sollen laut Haushaltsplanung der Bundesregierung die Militärausgaben auf 183 Milliarden Euro anwachsen. Das entspricht fast einem Drittel des gesamten Bundeshaushalts. Während die Verteidigungsausgaben um 32,7 %, die Zinszahlung für die aufgenommen Kredite um 29,6 % steigen, sinken die Ausgaben für Gesundheit um 34,2 %, für Bildung und Familien um 7,1 %.

Der Zusammenhang ist offensichtlich und muss deshalb auch benannt werden.

Wer vom Rüstungswahn schweigt, wird den Sozialabbau nicht stoppen, deswegen: Heraus am 26.9. nach Saarbrücken und am 3.10. nach Stuttgart!

Glückauf.

Michael Quetting
12.9.26 Kaiserslautern